

V3 -Neu Solidarität mit den Protesten im Iran - Neu

Antragsteller*in: Landesvorstand Grüne Jugend

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

- 1 Am 16. September 2022 wurde Jina Mahsa Amini, eine junge kurdische Iranerin,
- 2 durch die Sittenpolizei des iranischen Mullah Regimes ermordet. Seitdem
- 3 protestieren tausende Menschen gegen das Regime. Frauen Sie reißen sich
- 4 öffentlich das Kopftuch herunter und legen sich damit mit dem Repressionsapparat
- 5 an, welcher auf brutalste Weise gegen die Demonstrierenden vorgeht.

- 6 Die Protestbewegung, die keine rein weibliche ist und von Menschen aller
- 7 Altersklassen und ethnischer Gruppen unterstützt wird, kämpft unter dem
- 8 Leitspruch „Jin, Jiyan, Azadi – Zan, Zendegi, Azadi! Frau, Leben, Freiheit“ für
- 9 Freiheit, Gleichheit, Selbstbestimmung und Demokratie.

- 10 Mit der islamischen Revolution wurde der Verschleierungszwang eingeführt und
- 11 Grundrechte von Frauen wurden direkt von der islamischen Regierung
- 12 eingeschränkt. In den folgenden Jahren wurden Menschen und vor allem Minderheiten
- 13 systematisch diskriminiert, verfolgt, ohne rechtsstaatliches Verfahren
- 14 hingerichtet, die Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt und
- 15 die systematische Straflosigkeit Alltagspraxis.

- 16 Die Menschen innerhalb und außerhalb des Irans nehmen extreme Risiken in Kauf,
- 17 um für ihre Rechte zu kämpfen. Jetzt liegt es an uns, sie dabei bestmöglich zu
- 18 unterstützen.

19 Deshalb fordern wir:

- 20 • Die Anerkennung des Rechts auf Verteidigung der iranischen
21 Zivilbevölkerung gegen das gewalttätige Regime
- 22 • Unterstützung der Freiheitsbewegung durch digitale Infrastruktur (z.B.
23 VPNs).
- 24 • Die Einbeziehung der iranischen Zivilbevölkerung und Exil-Iraner*innen,
25 insbesondere Angehörige marginalisierter Gruppen, in Prozesse und
26 Entscheidungen bezüglich des politischen Umgangs im Iran
- 27 • Eine Verstärkung des Schutzes für Exil-Iraner*innen in Deutschland.
- 28 • Betätigungsverbote der Revolutionsgarde der Islamischen Republik Iran in
29 Deutschland
- 30 • Die Revolutionsgarde muss von der EU offiziell als Terrororganisation
31 eingestuft werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich hierfür
32 konsequent einzusetzen und den rechtlichen Rahmen dafür zu schaffen.
- 33 • Justizielle Ermittlung der Verbände, Vertretungen, Organisationen,
34 Lobbyist*innen des iranischen Regimes in Deutschland (z.B. das Islamische
35 Zentrum Hamburg) und die Verurteilung der Zusammenarbeit mit dem Regime
- 36 • Geflüchtete Menschen aus dem Iran müssen schnellstmöglich unbürokratisch
37 und bedingungslos mithilfe humanitärer Visa aufgenommen werden. Zusätzlich
38 sollen Bundes- und Landesaufnahmeprogramme vorbereitet werden.
- 39 • einen bundesweiten ausnahmslosen und weiterhin anhaltenden Abschiebestopp
40 in den Iran. Außerdem muss das geltende Einreiseverbot für abgeschobene
41 Menschen zurückgenommen werden.
- 42 • eine offizielle Verurteilung des iranischen Regimes als verantwortlich für
43 systematische Menschenrechtsverletzungen.
- 44 • Es muss weitreichende und umfassende Sanktionen gegenüber dem iranischen
45 Regime geben. . Sanktionen, die die protestierende Bevölkerung des Irans
46 treffen, sind kontraproduktiv.
- 47 • Beschlagnahmung von Vermögen und Sachgegenständen des iranischen Regimes
48 in Deutschland. Darüber hinaus Einfrieren des Vermögens von regimetreuen

- 49 Lobbyist*innen, Organisationen und Unternehmen, die für die Gewalt gegen
50 die Protestierenden verantwortlich sind bzw. diese ermöglichen
- 51 • Sofortige Beendigung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit
52 mit dem iranischen Regime sowie Lobbyist*innen des Regimes auf sämtlichen
53 Ebenen.
 - 54 • Weiterhin Aussetzung jedwede regierungsseitige wirtschaftliche
55 Zusammenarbeit mit dem iranischen Regime sowie Lobbyist*innen des
56 iranischen Regime
 - 57 • Es gilt Menschen, die für die Bundesrepublik Deutschland gearbeitet haben
58 und durch ihre Tätigkeit gefährdet sind, zu schützen und ihnen und ihren
59 Familienangehörigen die Einreise nach Deutschland zu ermöglichen
 - 60 • Es ist richtig, dass die Verhandlungen zum Joint Comprehensive Plan of
61 Action (JCPOA)
62 gestoppt wurden. Es soll keine Rückkehr zu Verhandlungen mit dem
63 iranischen Regime über das Atomabkommen geben.
 - 64 • Keine Waffenlieferungen aus Deutschland oder der Europäischen Union in den
65 Iran.
 - 66 • Regimeunabhängige Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen zum
67 Zweck der Aufklärung und Verurteilung der regimetreuen Täter*innen sowie
68 entschlossene Verfolgung der kriminellen Machenschaften.
- 69 Doch während im Iran Kurd*innen treibende Kraft für die Proteste sind, werden
70 sie in Südkurdistan von der Türkei angegriffen. Die Bundesregierung schweigt
71 dazu bislang. Deutschland muss sich für eine unabhängige Aufklärung einsetzen
72 und die Angriffe auf Nord-Ost- Syrien (Rojava) verurteilen.
- 73 Gleichzeitig liegt es an uns die iranische Bevölkerung durch mediale
74 Aufmerksamkeit und Solidaritätsveranstaltungen zu unterstützen. Die
75 Waffenlieferungen des Mullah-Regimes an Russland verdeutlichen außerdem, dass
76 die autokratischen Regime der Welt, enger aneinander rücken. Diese Bündnisse
77 gegen die Demokratie und Freiheit müssen wir ernst nehmen.